

der sie so oder so prägen wird. Schon durch die wahrlich schicksalhafte Neuverschuldung, die sprichwörtlich für Generationen wirkt. Gerade deshalb ist die Vorwahl-Show mit der parallel für die Nachwelt beschlossenen, in der Substanz wachsweißen Schuldenbremse ein durchsichtiges, oberflächliches Spiel. Obendrein, was die Sache besonders unappetitlich macht, eines mit der Verfassung. Auch so etwas geht nur, wenn Volksparteien gleich ticken.

Im tief verwurzelten Denken der Gesellschaft indes stehen sie für das, was relevant ist – im Unterschied zu den Klientelparteien. Das ist der politisch-kulturelle

Kern. Deshalb wird in den großen Parteien zwar nicht unbedingt entschieden, welche Ideen es gibt – aber sehr wohl, welche sich durchsetzen. Die sich ausdifferenzierende Gesellschaft kann dabei mit abstrakten alten Lagerzuordnungen, sei es nun konservativ oder links drapiert, immer weniger anfangen. Wer mittelfristig besser aus der Übergangszeit der Großen Koalition herauskommen will, muss die Relevanz seiner Themen und Ziele verkörpern. Da, das zeigen alle Indikatoren, hat in den Jahren seit 2005 das Soziale im Vergleich zum Individuellen an Bedeutung zurück gewonnen.

Lale Akgün

Was kommt nach der großen Show?

Vier Jahre Integrationspolitik

Ein Blick auf die Taten hinter den Worten zeigt: Die Integrations- und Islampolitik der letzten vier Jahre war bei Weitem nicht so innovativ und zukunftsweisend, wie sie beworben wurde. Im Gegenteil: Neue Restriktionen, verpasste Chancen und ein verfehelter Trend zur Kulturalisierung sind die Folgen.

Lale Akgün

(* 1953) SPD-MdB, ist Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Im *Krüger Verlag* erschien 2008: *Tante Semra im Leberkäseland: Geschichten aus meiner türkisch-deutschen Familie.*

lale.akguen@bundestag.de



»Einigkeit und Recht und Freiheit«: Angela Merkel hat am 12. Mai 2009 gemeinsam mit 16 gerade eingebürgerten Migrantinnen die Nationalhymne angestimmt und den Neubürgern ihre Einbürgerungsurkunden übergeben. Die Kanzlerin wollte damit ein Zeichen für Integration und mehr Einbürgerungen setzen. Tatsächlich aber ist die Zahl der Einbürgerungen in der Amtszeit Merkel weiter zurückgegangen.

Ein Grund dafür sind die erschwerten Bedingungen, unter denen Einbürgerungen überhaupt möglich sind. Die Veranstaltung der Kanzlerin ist damit widersprüchlich und aufschlussreich zugleich. Aufschlussreich, weil sie uns den Kern der Integrationspolitik der vergangenen vier Jahre offen legt: Symbolpolitik. Eine Symbolpolitik, die nicht verbergen konnte, dass neue Restriktionen geschaffen wurden und drängende Fragen einer Antwort harren. Widersprüchlich, weil Reden und Handeln auseinanderfallen.

Symbolpolitik war es, als nach der Wahl 2005 das Amt der Integrationsbeauftragten in das Bundeskanzleramt integriert wurde. Der symbolischen Aufwertung des Amtes stand kein realer Machtzuwachs gegenüber. Die neue Integrations-

beauftragte Maria Böhmer erhielt keine neuen Befugnisse, und die Entscheidungsgewalt verblieb in den Fachministerien. Auch der Etat wurde nicht ausreichend aufgestockt.

Widersprüchliche Symbolpolitik

Die beiden wichtigsten integrationspolitischen Maßnahmen der Großen Koalition – der Integrationsgipfel im Kanzleramt und die Deutsche Islamkonferenz von Innenminister Wolfgang Schäuble – waren zudem vor allem symbolische Akte. Der Integrationsgipfel sollte das Thema aufwerten und die Anstrengungen der verschiedenen Fachressorts bündeln. Dazu wurden Vertreter aller politischen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen, inklusive der Migrantenverbände, eingeladen. Eine schöne symbolische Geste, keine Frage.

Was aber hat der Integrationsgipfel tatsächlich gebracht? Haben Migranten heute bessere Chancen in der deutschen Gesellschaft als vor vier Jahren? Leider Nein! Wir haben jetzt zwar einen Nationalen Integrationsplan, mit dem »Neue Wege« beschriftet werden sollten. Viel Neues ist dem Plan bei genauer Lektüre aber nicht zu entnehmen. Auch zusätzliche Mittel für die Integration wurden nicht bereitgestellt.

Die drängenden Probleme, vor allem jene, die sich an harten sozioökonomischen Indikatoren messen lassen, konnte der Gipfel nicht in Angriff nehmen; wie gesagt, die Musik spielt weiter in den Fachministerien oder den Bundesländern.

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse – das ist die Sache des Arbeits- und des Bildungsministeriums. Staatsangehörigkeits- und Ausländerrecht fallen in die Zuständigkeit des Innenministeriums. Bildung wiederum liegt in der Befugnis der Bundesländer. Der Integrationsgipfel musste alleine deshalb ein zahnloser Tiger bleiben.

Nicht jede Symbolpolitik ist überflüssig, ganz im Gegenteil: Erfolgreiche Politik lebt von symbolischen Inszenierungen. Aber nur, wenn ihre Botschaften nicht widersprüchlich sind. Symbole und Botschaften müssen durch eine handwerklich gute Politik unterfüttert sein – dann passen sie zueinander. Genau das war aber in den vergangenen Jahren nicht der Fall, und dadurch ist Vertrauen verspielt worden.

Die drängenden Fragen, über die sich alle Experten für Integration und Einwanderung einig sind, wurden – mit wenigen Ausnahmen – schlichtweg nicht angepackt. Zu den Ausnahmen gehören die Bleiberechtsregelung für Geduldete und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Bei Ersterem konnte sich die SPD mit ihrer Forderung nach einer Altfallregelung durchsetzen. Was die Anerkennung ausländischer Abschlüsse anbelangt, so hat der Arbeitsminister Olaf Scholz durch seine jüngste Ankündigung, einen Rechtsanspruch auf die Anerkennung ausländischer Abschlüsse einführen zu wollen, einen Meilenstein gesetzt.

Verpasste Chancen – neue Erschwernisse

Aber sonst? Die doppelte Staatsbürgerschaft – ein »non-dit« der Großen Koalition. Das kommunale Ausländerwahlrecht? Eine dafür notwendige Grundgesetzänderung war mit der CDU nicht zu machen. Eine umfassende Reform des Bildungs- und Ausbildungssystems im Sinne einer neuen Bildungsoffensive? Gar nicht daran zu denken.

Dabei haben wir es nicht nur mit verpassten Chancen, sondern auch mit neuen Erschwernissen zu tun. Die Einbürgerungsvoraussetzungen wurden verschärft und der Familiennachzug erschwert. Dadurch entstand der fatale Eindruck einer Aufgabenteilung nach dem bewährten Muster »good guy versus bad guy«: Die

Integrationsbeauftragte Böhmer war für die schönen Worte und symbolischen Gesten zuständig, derweil Bundesinnenminister Schäuble neue Restriktionen durchsetzte und die Kulturalisierung des Integrationsdiskurses vorantrieb.

Mit der Islamkonferenz schuf der Innenminister eine Art Parallelveranstaltung zum Integrationsgipfel. Es sollten Fragen wie der islamische Religionsunterricht, die Imamausbildung und der Moscheebau geregelt werden. Hier aber fehlten wiederum Entscheidungsbefugnisse. Stattdessen wollte der Innenminister mit den Muslimen in der Islamkonferenz die Werte des Grundgesetzes diskutieren. So entstand der Eindruck, Muslime bedürften einer gesonderten Integration. Der Innenminister verstärkte damit den Trend zur Kulturalisierung der Debatte, indem er Integration durch die Brille der Religion betrachtete. Auch dies war kontraproduktiv. Die überwiegende Mehrheit der Muslime, die Otto-Normal-Muslime, die ganz selbstverständlich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, ist heute ohne Vertretung. Stattdessen hat der konservative bis orthodoxe Verbandsislam die Deutungshoheit an sich gerissen. Ein weiteres vielleicht ungewolltes, aber dennoch folgenschweres Ergebnis symbolischer Integrationspolitik der Großen Koalition.

Ab Herbst 2009 wird es jeder neuen Regierung darum gehen müssen, zunächst einmal Worte und Taten in Einklang zu bringen: weniger Symbolik, mehr Handeln! Weniger Islamdebatten, mehr Sozial- und Bildungspolitik! Weniger Gipfel, stattdessen moderne Gesetze für Integration und Einwanderung! Dafür brauchen wir keine neuen Analysen, Pläne oder Gipfel. Die dringendsten Aufgaben von Einwanderung und Integration sind wohlbekannt. Und die meisten Werkzeuge auch: Sie entstammen größtenteils den harten Themen Bildung, Ausbildung und Arbeit.

Deshalb muss der Dirigent wieder dahin, wo die Musik spielt. Das Amt der In-

tegrationsbeauftragten sollte aus seinem jetzigen Elfenbeinturm hinaus gelöst und dorthin versetzt werden, wo es hingehört: ins Bundesministerium für Arbeit. Dieses Ministerium ist vielleicht nicht so glamourös wie das Kanzleramt, aber es eröffnet einen viel größeren Handlungsspielraum. Dort ist auch der politische Wille zum Gestalten vorhanden, wie die Initiative von Olaf Scholz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse deutlich macht.

Was wir tun müssen liegt auf der Hand: Das dreigliedrige Schulsystem ist eine Antwort von gestern – es hat ausgedient. Wir brauchen nicht mehr nur etwas mehr frühkindliche Bildung hier, etwas mehr Sprachförderung da, sondern eine veritable Bildungsoffensive. Das duale Ausbildungssystem hingegen ist eine hervorragende Institution. Für die Zukunft aber wird es nicht ausreichen. Gerade die Migrant*innen Jugendlichen benötigen überbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten.

Auch in anderen Bereichen gibt es dringend Handlungsbedarf: doppelte Staatsbürgerschaft, kommunales Ausländerwahlrecht, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse – all dies sind wichtige Schritte in Richtung einer modernen Integrationspolitik. Eine solche Politik muss durch eine humane, europäische Asylpolitik und eine kluge Einwanderungspolitik flankiert werden. Längst ist klar, dass wir Einwanderung nach Deutschland brauchen, wenn wir unseren Wohlstand halten wollen.

Wenn das Handeln im Vordergrund steht, Worte und Taten wieder übereinstimmen, dann ist auch Symbolpolitik sinnvoll. Dann können wir trefflich über ein republikanisches Verständnis von Staatsbürgerschaft, die Bedeutung ethnischer, religiöser und sprachlicher Vielfalt und ein neues Wir-Gefühl für Deutschland diskutieren. Und dann klingt auch ein gemeinsames »Einigkeit und Recht und Freiheit« von Eingewanderten und Einheimischen, gerne auch im Kanzleramt, harmonisch und nicht länger als Kakophonie.